

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

21.1.1921 (No. 17)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
S. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.00 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die Zeile gewöhnlicher Schriftgröße oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerbedeutung mangelsweiser Bezahlung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Antlicher Teil.

** Die diesjährige Ablieferung von Brotgetreide

bleibt im Reiche unterhältnismäßig stark hinter den entsprechenden Zahlen des Vorjahres zurück. Diese Tatsache läßt sich nicht aus dem schlechteren Ausfall der Ernte, insbesondere der Roggenente, allein erklären; sie ist auch auf den mangelnden Ablieferungswillen eines Teils der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer zurückzuführen.

Die Reichsregierung hat Maßnahmen zur Förderung der Getreideablieferung ergriffen, die sich in zwei Richtungen bewegen. Einmal bezwecken sie einen verstärkten Einfluß der staatlichen Macht, u. Strafmittel u. außerdem Verwaltungsmaßnahmen zur Eindämmung der Getreideverfälschung (verbilligte Abgabe von Mais zu Futterzwecken), andererseits suchen sie durch auflärende Einwirkung auf die Landwirtschaft die Ablieferungsfähigkeit der Erzeuger zu steigern.

Auf Veranlassung des Reichsernährungsministers fand am 10. Januar 1921 im Ministerium des Innern eine Besprechung mit den landwirtschaftlichen Organisationen (Genossenschaftsverband, Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser in Laubersheim, Bauernverein und Landbund, bisher Bauernverband und Bauernbund) und der Landwirtschaftskammer statt, in der das Vorgehen der Reichsregierung bekannt gegeben wurde.

Die Wirkungen der behördlichen Maßnahmen dürfen jedoch nicht überschätzt werden. Besonders Gewicht muß deshalb neben diesen Maßnahmen auf eine entsprechende Aufklärung der landw. Erzeuger über die Bedeutung einer ausreichenden Getreideablieferung gelegt werden. Unsere landw. Standesorganisationen haben sich bereit erklärt, die Aufklärungsarbeit durchzuführen. Dabei wird von den landw. Erzeugern wohl die Frage aufgeworfen werden: wie wird sich die Getreidebewirtschaftung im nächsten Wirtschaftsjahr gestalten?

Hierüber ist näheres noch nicht bekannt. Mit Sicherheit kann jedoch gesagt werden, daß an freie Wirtschaft noch nicht zu denken ist. Sowie bekannt wird zur Zeit vom Reichsernährungsministerium, von einem Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und von der Reichsgetreidekammer an Vorschlägen für die Getreidebewirtschaftung im nächsten Wirtschaftsjahre gearbeitet. Es ist angeordnet worden, diese Vorschläge nach ihrer Ausarbeitung der Öffentlichkeit bekannt zu geben und ihrer Kritik zu unterstellen.

Neben der Aufklärung der landwirtschaftlichen Erzeuger ist eine solche der Verbraucher dringend erforderlich. Die allgemeine Lage der Verbraucher ist mit der Freigabe der meisten Bedarfsgebiete (Fleisch, Fett, Kartoffeln, Gemüse, Obst usw.) besser geworden. Unförmig ist die Beschränkung auf den noch zwangsweise bewirtschafteten Gebieten möglich. Nachdem insbesondere die monatliche Ausgabe von 600 gr. geringem Ausmaßem Nahrungsmittel durchgeführt ist, schädigt sich der Verbraucher durch Bezug von Schleichhandelsmehl in doppelter Beziehung: Einmal übersteigt er für das im Schleichhandel erworbene Getreide oder Mehl bezahlte Preis meistens den amtlichen Preis, ferner erfordert der Schleichhandelsbezug eine verstärkte Einfuhr von Brotgetreide für die öffentliche Wirtschaft. Die für seine Verbilligung aufzubringenden Milliardenbeträge fallen zuletzt dem einzelnen Steuerzahler zur Last.

Deutsche Teilzahlungen.

*, Berlin, 16. Januar.

Der französische Vorschlag, Deutschland solle zunächst auf die ihm im Friedensvertrag geschuldete Restzahlung der Gesamtsumme seiner Reparationsleistungen verzichten und sich statt dessen bereit erklären, für die nächsten 5 Jahre eine bestimmte Summe jährlich — es war von 3 Milliarden Goldmark die Rede — zahlen zu wollen, ging vom französischen Delegierten Seydoux aus, einem Manne, der zwar geizig ist, auf der Konjunktur mit Kruden zu erscheinen, dessen Geist aber nichtsbefwögeniger eine kühle Sachlichkeit atmet, wie man sie heutzutage in Frankreich selten antrifft.

Von deutscher Seite ist dieser Vorschlag wegen der ungeheuren Höhe der gedachten Annuitäten als gänzlich unannehmbar erklärt worden. Im übrigen ist dann noch darauf hingewiesen worden, daß Deutschland, ehe es überhaupt in eine Erörterung dieses Vorschlages eintreten könne, eine Beantwortung der 5 Fragen, die von uns in Brüssel vorgelegt worden seien, abwarten müsse. Wie erinnerlich, handelte es sich bei diesen Fragen um das Schicksal Schlesiens, das deutsche Eigentum im Ausland, die Kosten der Besatzung, die Freiheit des deutschen Handels und die Rückgabe eines gewissen Teiles unserer Handelsstionage, alles Vorbedingungen, die die deutsche Leistungsfähigkeit, auf die die Franzosen doch in erster Linie angewiesen sind, erst wieder bis zu einem gewissen Grade wiederherstellen würden.

Inzwischen sind — dieses Mal auf diplomatischem Wege — erneut französische Anregungen an die deutsche Regierung herangetragen, die auf eine Verständigung über den deutschen Zahlungsmodus hinführen. Man geht vielleicht in der Annahme nicht fehl, daß sie die ersten Ausstrahlungen des

neuen französischen Kabinetts sind. Von einem Kabinettswechsel wären sie schwerlich ausgegangen und man kann vielleicht noch einen Schritt weiter gehen und die Vermutung äußern, daß die diplomatische Fühlungnahme der letzten Zeit zwischen Paris und Berlin einen mitbestimmenden Einfluß auf die französische Kabinettsbildung ausgeübt hat.

Die Fühlungnahme, an der auch England lebhaften Anteil genommen hat, hat inzwischen zu einer merklichen Annäherung der Parteien geführt. Auf deutscher Seite ist man bereit, dem Gedanken der Teilzahlungen näher zu treten, vorausgesetzt, daß auf der anderen Seite die Geachtlichkeit zur Erfüllung der von unseren Vertretern gestellten Gegenbedingungen besteht. Hierbei ist aber auch keinem Zweifel Raum gelassen worden, daß Deutschland zu Leistungen in bar nicht imstande sei und daß daher solche nur in Gestalt von Warenlieferungen angeboten werden könnten. Damit würde also die deutsche Zahlungspflicht auf die Schultern der deutschen Industrie gestellt, die ihrerseits wiederum nur leistungsfähig gemacht werden kann, wenn ihr die erforderlichen Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Es käme somit zunächst ein Kreditabkommen mit Nordamerika in Frage.

Ob die „Verständigung“ auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage zustande kommt, muß rätisch abgewartet werden. Immerhin kommt den bevorstehenden Verhandlungen der Brüsseler Konferenz unter diesen Auspizien ein besonders großes Interesse zu. Ein deutscher Verzicht auf den für uns so wichtigen Artikel des Friedensvertrages, der die Festsetzung der Gesamtsumme unserer Wiedergutmachungspflichten für den 1. Mai dieses Jahres gewährleistet, erschien aber nur gerechtfertigt, falls die weiteren Verhandlungen und jene Alternativen der Gegenseite brähte, deren wir nun einmal nicht entraten können, wenn anders nicht unsere Leistungsfähigkeit und damit alle unsere Wiedergutmachungsmöglichkeiten illusorisch werden sollen.

Politische Neuigkeiten.

Bisherige Leistungen Deutschlands an die Entente.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht einen Auszug aus einer Denkschrift der Reichsregierung, in der die bisher gemachten Bestimmungen des Friedensvertrages an die Entente gemachten Leistungen zusammengestellt sind. Danach erreicht die Gesamtleistung Deutschlands an die Alliierten einen Betrag von rund 21,2 Milliarden Goldmark. Das Guthaben der preussischen Eisenbahnverwaltung für Kohlenlieferungen an Frankreich aus den bis dahin Saarbergwerken beträgt rund 200 000 Goldmark. Das abgelieferte Eisenbahnmateriale erreicht einen Wert von rund 1,6 Milliarden Mark. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden an Frankreich von Februar 1919 bis Ende Juli 1920 im Gesamtwerte von rund 29 Millionen Goldmark abgeliefert. Die abgelieferte Handelsflotte, die von ihrem früheren Umfang von 6,2 Millionen Tonnage-Reg.-T. auf 300 000 Tonnage-Reg.-T. herabgedrückt wurde, ist mit 27,5 Milliarden Goldmark zu bewerten, wobei der Sachwert nur sehr gering angelegt ist. Für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sind industrielle Maschinen und andere Gegenstände im Werte von etwa 1 Million Goldmark abgeliefert worden.

Der Gesamtwert der an Frankreich abgelieferten lebenden Tiere, darunter 40 700 Pferde und 418 000 Stück Vieh, beläuft sich auf 237 Millionen Goldmark. Die Gesamtleistung an Kohlen erreicht die Summe von rund 656 Millionen Goldmark. An Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen hat Deutschland bereits annähernd 9400 Metertonnen geliefert, die einen Wert von 226 Millionen Goldmark darstellen. Der Wert der betriebenen Saarbergwerke einschließl. der Kohlenfelder beträgt auf einer Wertgrundlage vom Juli 1914 483 Millionen Goldmark. Der Wert der Reservenfelder des preussischen Fiskus mit einem Gesamtlohnvorrat für 50 Jahre beträgt 558 Millionen Goldmark. Der Gesamtwert des in französischer Verwaltung befindlichen Saargebietes betrug im Juli 1914 weit über 1000 Millionen Goldmark. Der Gesamtwert des verlorenen Reichs- und Staatsbesitzes, Gebäude, Staatsgüter, Domänen und Forsten erreicht rund 4,5 Milliarden Goldmark. Für die an Polen gefallenen Vermögenswerte liegen genaue Unterlagen sich nicht heranzustellen. Der Wert der an Frankreich abgetretenen Eisenbahnen und Straßen, die über den Rhein nach Elsch-Lothringen führen, beläuft sich auf 8,6 Millionen Goldmark. Der Wert des beschlagnahmten Eigentums der deutschen Kabelgesellschaften wird mit 85 Millionen Goldmark veranschlagt. Beim Rückzug der Fronttruppen sind Güter im Betrage von rund 2,5 Milliarden Mark zurückgelassen worden, von denen der Hauptteil in Belgien im Werte von 1,5 Milliarden Mark liegen geblieben ist. Mit in Rechnung zu stellen sind die Zahlungen, die Deutschland für die von den Alliierten als Gegenwert gelieferten Lebensmittel und Rohstoffe gezahlt hat. Diese Zahlungen Deutschlands erreichen den Betrag von 224 Millionen Goldmark. Auch diese Voraussetzungen müssen als Leistungen auf den Friedensvertrag angerechnet werden.

Für die Besatzungstruppen in den Rheinländern für ihre Requisitionen, soweit sie bis jetzt festgestellt sind, u. d., hat Deutschland einen Gesamtbetrag von 450 Millionen Goldmark oder rund 4,15 Milliarden Papiermark aufgewandt. Für die verschiedenen internationalen Kommissionen, die in Deutschland die Entwaffnung, Abstimmung usw. zu kontrollieren haben, sind bis Ende November 1920 40,9 Millionen Goldmark oder 409 Millionen Papiermark aufgewandt worden. Dieses Gesamtbild der bisherigen deutschen Lieferungen und Leistungen zeigt, welche gewaltige Kraftanstrengung das durch Krieg und Revolution geschwächte Deutschland zu machen hatte, das durch den Vertrag seine Rohquellen, überseeischen Reichtümer, Vermögensanlagen und Rechte verloren hat.

Ein Besuch Briands beim deutschen Botschafter.

Am 18. Januar abends hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris besucht und mit ihm die Fragen der Beziehungen Deutschlands zu Frankreich und die der Reparation besprochen. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher daran festgehalten habe, daß seine Gesamtsumme festgesetzt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des gesamten Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Auleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung nur für 5 Jahre treffe, so sei dies insofern unrichtig, als Deutschland dann noch immer kein Ende absehe und fürchten müsse, umsonst zahlen zu müssen, je mehr es arbeitet. Trotzdem habe sich die deutsche Regierung auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der verlangten Summe und anders als in Natura zu leisten. Ministerpräsident Briand gab darauf der Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

England und Frankreich.

Der diplomatische Korrespondent des Londoner „Observer“ bestätigt die allgemeine Auffassung, daß ein sehr ernsthafter Zusammenhang zwischen der innerpolitischen Krise Frankreichs und seiner Außenpolitik vorliegt. Er schreibt:

„Wenn es Herrn Briand gelingt, trotz der Poincaré-Gruppe, seiner eigenen Politik der Mäßigung und der Vernunft zum Sieg zu verhelfen, dann besteht eine Chance, daß die Lösung der französischen Krise nicht so ungünstig auf die englisch-französischen Beziehungen einwirkt, wie das zuerst zu befürchten war. Vor der Krise war die Lage besser als seit vielen Monaten. Da waren Regierungen in Berlin, Paris und London, die alle geneigt waren, die ausstehenden Bestimmungen des Versailler Vertrags in einem vernünftigen Geist in Ordnung zu bringen. Die Brüsseler Konferenz machte richtige Fortschritte in der Reparationsfrage, hauptsächlich dank der Tatsache, daß die französischen Delegierten die Instruktion hatten, einen gemäßigten Plan zu vertreten; und die Aussicht auf die Pariser Konferenz am Mittwoch war hell. Daß nun Herr Leagues am Vorabend der Konferenz gestürzt wurde, wird in der Downing Street mit ebenso großer Besorgnis betrachtet. Wenn die Abstimmung der französischen Kammer, wie das als wahrscheinlich erscheint, als ein Versuch ausgelegt werden muß, das Werk von Brüssel zum Scheitern zu bringen, und wenn es bedeutet, daß die Franzosen schon genug mit der Vernunft gegenüber Deutschland haben und entschlossen sind, sich nun wieder zu verteidigen, dann, so wird befürchtet, ist die Lage zwischen Frankreich und Großbritannien sehr ernst.“

Es ist keine Übertreibung, zu sagen, daß Herr Poincaré und seine Bundesgenossen noch einmal die Entente gefährdet haben. Die bellagierten Spaltung vom letzten Jahre wegen der politischen Frage wird wiederholt werden, wenn die Pariser Vertreter aus der gegenwärtigen Krise als Sieger hervorgehen. Der alte traurige Konflikt wird wieder ausgefochten werden müssen mit dem Unterschied, daß die Zeit für die Erledigung kürzer ist. Vor dem Frühjahr muß ein Ausgleich mit Deutschland geschlossen werden. Die britische Regierung wird Paris ganz ungewöhnlich darauf aufmerksam machen müssen, daß das britische Volk, das schon erbittert ist über die fortwährende Hinausschiebung des europäischen Ausgleichs und das entschlossen ist, um jeden Preis den europäischen Handel wieder in Gang zu bringen, keine weiteren Tändeleien mehr dulden wird. Denn die Gefahren der wirtschaftlichen Lage werden hier zu klar erkannt, wie es auf der anderen Seite Tatsache ist, daß diese verschärft worden ist durch die Pariser Weigerung, das Abkommen über die deutsche Indemnität abzuschließen.

In einem Interview mit dem „Petit Parisien“, das am 20. November veröffentlicht worden ist, erklärte Herr Lloyd George: „Es ist notwendig, zu untersuchen, abzuschätzen und festzuhalten.“ wiederholte: festzuhalten.“ Die französische Regierung hat sich endlich entschlossen, nach diesem Grundsatze zu handeln. Aber im selben Augenblick der verprochenen Erfüllung ist die Regierung durch intransigente Extremisten, die den drohenden Gefahren gegenüber blind sind, gestürzt worden.

Die britische Regierung hat um eine Verschiebung der Konferenz vom Mittwoch gebeten. Es besteht die Auffassung, daß von einer Konferenz nichts Gutes erhofft werden kann, bevor der genaue Verlauf der französischen Krise bekannt ist, und der britische Premier ist voll entschlossen, darauf hinzuweisen,

daß eine Umkehr auf der französischen Seite zu einem unbegrenzten Beharren auf ihren buchstäblichen Vertragsrechten, im Interesse der französischen Finanzleute, eine ernste Bedrohung für Europa und die Entente bedeuten würde.

Aus den Tagen des Zusammenbruchs.

In Philipp Scheidemanns demnächst erscheinenden Buche „Der Zusammenbruch“ fällt auch auf die ereignisvollen Tage unter Prinz Max von Baden in manchen Einzelheiten neues Licht. Wie ungern Prinz Max das über unser Schicksal entscheidende Waffenstillstandsangebot abgelehnt hat, ergibt sich aus folgender Darstellung des damaligen Staatssekretärs:

„Es wird mir immer in Erinnerung bleiben, wie Prinz Max in einer Sitzung am 21. Oktober mit Nachdruck erklärte: „Ich habe die Note abgelehnt, weil ich dazu von der Obersten Deeresleitung geradezu gezwungen worden bin. Ich war gegen diesen überstürzten Hilferuf, habe dann aber jede Verantwortung dafür übernommen. Ich bin zu stolz gewesen, mich hinter andere zu verbergen.“ Nach seinen Wünschen war die Bitte um Waffenstillstand und um Frieden in jener Situation nicht; wäre es nach ihm gegangen und hätte man ihm Zeit gelassen, dann würde er anders verfahren sein.“

Das Kabinett prüfte genau die Frage, ob ein weiterer Widerstand möglich sei. Ludendorff verlangte „Menschen, Menschen“. Nach Berechnungen des Kriegsministers konnten aus den preussischen Truppenteilen noch 483.000 Mann gewonnen werden, wenn man aus der Industrie 73.000 und aus dem Jahrgang der Wehrfähigen weitere 200.000 Mann heranzog. Ein großer Teil dieses Ersatzes war aber dann noch völlig unausgebildet, konnte daher erst nach Monaten die wartende Front füllen. Durch Nachmusterungen konnte man nur noch 5000 Mann gewinnen. So lagen, wie die „Zeit. Ztg.“ treffend bemerkt, die Möglichkeiten des „levée en masse“, der damals von Vielen, die keinen Einblick in die wirklichen Verhältnisse hatten, so sehr überschätzten Möglichkeit letzten Widerstandes...

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde zunächst die erste Lesung des Gesetzentwurfs über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushaltes beendet und das Gesetz über die Überleitung der Reichsfinanzen in den Kreis der Eupen und Malmedy in allen drei Lesungen angenommen. Sodann erfolgte die unveränderte Annahme des Vertrages mit Danzig über die Regelung der Optionsfragen.

Der Gesetzentwurf über die deutsch-französischen Abkommen für die Erfüllung von Esch-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben wurde an den Ausschuss verwiesen. Bei der hierauf fortgesetzten Aussprache über den von den Unabhängigen eingebrachten Antrag über die Aufhebung der Verordnung betreffend den Belagerungszustand in Bayern wurde in namentlicher Abstimmung die Ablehnung mit 181 gegen 124 Stimmen der sozialistischen Parteien beschlossen.

Hierauf trat das Haus in 2. Lesung der Vorlage über die Teuerungszulagen der Beamten ein. Abg. Delius (Dem.) berichtete über die Beschlüsse des Ausschusses. Danach werden die Teuerungszulagen zum Grundgehalt und vom Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab folgendermaßen festgesetzt: für die Orte der Ortsklasse A auf 70 Prozent, der Ortsklasse B 67 Prozent, der Ortsklasse C 65 Prozent, der Ortsklasse D 60 Prozent und der Ortsklasse E 55 Prozent. Abg. Plettner (Komm.) wiederholt die Rede, die er bei der ersten Lesung der Vorlage zu Beginn der Sitzung gehalten hat. Abg. Bräunig (Unabh.) bedauert, daß in der ersten Lesung nicht mehr zu erreichen war.

Die Vorlage wurde in 2. Lesung in der Fassung des Hauptausschusses gegen die Kommunisten angenommen. Gegen die dritte Lesung erheben die Kommunisten Einspruch, so daß diese erst später erfolgen kann.

Das Haus verlagte sich sodann auf Freitag 1 Uhr: Kurze Anfragen; Interpellationen über die Beziehungen zu Ausland; Justizetat.

Die Deckung für die Beamtenszulagen.

Der Reichsrat beriet am Mittwoch über den Gesetzentwurf betreffend eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, der die Forderungen für die Beamten enthält. Namens der Ausschüsse berichtet Ministerialdirektor Sack: Der Regierungsentwurf geht über die mit den Finanzministern der Einzelstaaten ursprünglich vereinbarte Höchstgrenze noch hinaus. Eine Festlegung des Grundbegriffs,

daß den Ländern und Gemeinden ihre Mehraufwendungen aus Reichsmitteln ersetzt werden, ist nicht erfolgt. Außerdem ist hinsichtlich der Deckung in dem Regierungsentwurf nur allgemein gesagt, daß bis zum 1. April 1921 Verwaltungsmaßnahmen zu treffen oder Gesetzentwürfe vorzulegen sind, durch die Ersparnisse oder Neueinnahmen geschaffen werden. Die Mehraufwendungen für das Reich nach dem Gesetz belaufen sich auf 3,2 Milliarden. In den Ausschüssen stellten sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt, soweit zuzustimmen, als abermals eine Erhöhung des Teuerungszuschlages entsprechend den einzelnen Ortsklassen erfolgen soll. Als nicht erträglich erschien es den Vertretern der Länder, daß in der Regierungsvorlage von einer Vorlage für den Mehraufwand der Länder und Gemeinden abgesehen sei, insbesondere da auch die Gemeinden ihre Einnahmequellen zu Gunsten des Reiches abgeben sollten. Die Ausschüsse haben die beiden ersten Paragraphen angenommen, aber folgenden § 3 hinzugefügt:

„Den Ländern sind an den Erträgen der nach § 2 zu erhebenden oder neu einzuführenden Steuern Anteile zur Bestreitung der Mehrlasten zu gewähren, die ihnen und ihren Gemeinden dadurch erwachsen, daß die Teuerungszuschläge für Beamte und Ruhegehaltsempfänger nach den Grundlagen des § 1 festgesetzt werden. Bis zu dem Zeitpunkt, wo § 1 wirksam wird, werden die Mehrlasten den Ländern aus der Reichskasse erstattet. Das Nähere über die Verteilung von § 1 und 2 bestimmt der Reichsfinanzminister im Einvernehmen mit dem Reichsrat. Kommt eine Einigung nicht zu Stande, so wird eine nähere Bestimmung durch Reichsgesetz getroffen.“

Reichsfinanzminister Dr. Wirth bemerkte hierzu: Wir waren in der Reichsregierung von Anfang an der Auffassung, daß schon die Unterfertigung der Länder aus der Reichskasse auf dem Wege des Etats ein finanzpolitischer Schritt von außerordentlicher Tragweite ist. Wir haben deshalb mit der Reichsregierung die Aufstellung gehabt, daß es nicht möglich ist, dies gleichzeitig zu veranlassen, sondern daß wir auf dem Wege des Etats den Ländern beizubringen wollen. Nachdem Ihr Ausschuss einen solchen Beschluß gefaßt hat, wird die Reichsregierung dem Reichstag eine Sondervorlage zugehen lassen, worin der § 3 nicht enthalten ist. Das ist natürlich ein außerordentlicher Schritt. Aber ich glaube, der Reichstag muß zu dem großen Schritt den Sie tun, beider Stellung nehmen. Die finanzpolitische Situation wird dadurch eine außerordentlich kritische und hochpolitische. Auch von Ihnen, als Vertreter der Länder, wird dieser Schritt sicherlich als ein Schritt von finanzpolitischer Bedeutung bewertet werden. Ich verstehe die Lage der Länder nicht und auch nicht die finanzielle Notlage vieler Gemeinden, aber zu einem so weitgehenden Schritt vom Reich aus für die Gemeinden sind Sie bereit zu erklären, ist unmöglich und wäre auch durch die Lage vieler Gemeinden sachlich nicht gerechtfertigt. Die Reichsregierung war und ist bereit, der Notlage der Beamten nach den Vereinbarungen mit den Organisationen abzuhelfen. Ich darf aber auch bei dieser Gelegenheit betonen, daß so sehr die Reichsregierung die Notlage der Beamten anerkennt, sie auch die finanzpolitische Seite betonen muß. Es darf aber niemand aus dem Umfange, daß die finanzpolitische Seite damit verbunden wird, schließen, wie es mitunter draußen geschieht, als ob wir die Öffentlichkeit gegen die Beamten schärfen wollen. Für meine Person möchte ich dabei noch betonen, daß der Nachdruck vor allem auf der wirtschaftlichen Seite liegt. Alle Arbeit die Papierwirtschaft einzuwickeln, ist vergeblich, wenn nicht damit gleichzeitig eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung verbunden ist. Die Reichsregierung weiß aber auch, wie hoch die Belastung ist, die gerade im letzten Jahre durch die Gewährung der Beamtensforderungen uns auferlegt worden ist. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Der Hauptausschuss des Reichstages beschäftigte sich gestern mit den Teuerungszulagen zu den Beamtensgehältern. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, der vom Reichstag beschlossenen Änderung des Entwurfs zuzustimmen. Er sei zwar bereit, für die Mehrlasten, die den Ländern aus einer Erhöhung der Teuerungszulagen erwachsen, Mittel in den Reichshaushaltsplan einzustellen, soweit diese Mehrlasten nicht bereits gedeckt werden durch den Mehretrag an Einkommensteuern, der den Ländern aus den erhöhten Einnahmen der Beamten des Reiches und der Länder zuzufallen. Er erachte es aber nicht für angängig, die Verpflichtung im Gesetz selbst festzulegen. Ebenso lehnte er es ab, auch die etwa den Gemeinden entfallenden Mehrlasten auf Reichsmitteln zu übernehmen. Der Hauptausschuss nahm den Gesetzentwurf an. Unter Stimmenthaltung der Deutsch-Nationalen wurde dagegen die vom Reichsrat dem Gesetzentwurf hinzugefügten Bestimmungen abgelehnt, wonach den Ländern an dem Ertrag neu einzuführender Steuern An-

teil zu gewähren sei. Ein Antrag Delius (Dem.) und Dr. Bachmeier (Dem.), das Ortsklassengesetz mit möglicher Beschleunigung vorzulegen und darin Orte mit gleichen Teuerungszulagen in die gleichen Klassen einzureihen, wurde angenommen.

Zur Ernährungspolitik des Reiches.

Auf der Konferenz der Ernährungsminister, die am 15. Januar in Dresden tagte und sich mit den Ministerpräsidenten der Getreideernte von 1921 befaßte, gab der Reichsminister Dr. Herme der Auffassung des Reichsministeriums Ausdruck, daß die öffentliche Bewirtschaftung aufrecht erhalten werden müsse, daß aber die bisherige Form der Bewirtschaftung nicht mehr beibehalten werden könne. Der überwiegende Teil der Konferenzteilnehmer schloß sich dieser Auffassung an. Die Gesamtarbeit der Bewirtschaftung soll in der nächsten Ministerkonferenz behandelt werden. Bis dahin will das Reichsministerium eine Denkschrift über die Möglichkeiten der verschiedenen Systeme vorlegen. Das Reichsministerium gab weiter Kenntnis von der beabsichtigten Regelung der Ein- und Ausführungen, besonders über die Freigabe weiterer Lebensmittel. Endlich wurde noch die Abgabe von verbilligten Futtermitteln behandelt. Im Laufe der Konferenz hatte der Minister noch Mitteilungen über die Versorgung mit Düngemitteln gemacht. Der Reichsfinanzminister hat dem Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zugestimmt, der darin geht, daß das Reich die Garantie für einen bestimmten Dollarfuß übernimmt, um die Valutaschwankungen für die notwendig einzuführenden Rohphosphate zu beseitigen. Es kommt dabei eine einzuführende Menge von monatlich 4000 Tonnen in Betracht. Der garantierte Kurs ist dabei so gewählt, daß in diesem Jahre eine Verbilligung nicht eintritt, wohl aber im nächsten Düngejahr. Das Kabinett hat ebenfalls seine Zustimmung zu diesem Plane gegeben, der nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet worden ist.

Aus dem Reichswirtschaftsrat.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat folgenden Antrag angenommen: Die Einstellung von Arbeitnehmern, die aus anderen Orten zuziehen, unterliegt der Genehmigung des Demobilisierungsausschusses. Die Genehmigung muß erfolgen, wenn durch den zuziehenden Arbeitnehmenden des Ortes dem Arbeitgeber nicht eine gleichwertige Arbeitskraft vermittelt werden kann. Ob die Arbeitskraft gleichwertig ist, entscheidet der Demobilisierungsausschuss endgültig.

Auf Anregung des sozialpolitischen Ausschusses teilte der Reichsvereinsratsminister mit: Die Tarifbestimmungen über Arbeitererleichterungen werden in nächster Zeit grundsätzlich Änderungen erfahren. Die Fortsetzung sollen künftig der Regel nach auf Entfernungen von 21 bis 100 Km. und in Ausnahmefällen mit Genehmigung der zuständigen Eisenbahndirektion auf Entfernungen bis 250 Kilometer ausgegeben werden, und zwar an alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen. Der Preis der Arbeitererleichterungen für den Kilometer der Fahrt wird zugleich auf die Hälfte des Einheitspreises der 4. Klasse festgesetzt. Die Änderungen werden möglichst schnell in Kraft treten.

Kommunistische Umsturzpläne.

Amlich wird unter dem 20. d. M. aus Berlin gemeldet: Gestern vormittag wurden sieben Führer der kommunistischen illegalen Kampforgansation für Westdeutschland festgenommen, unter ihnen der wegen seiner kommunistischen aufhebenden Tätigkeit bekannte Bergmann Schröder. Bei der Durchsuchung wurde reiches Material über die Bildung einer roten Armee in Deutschland gefunden. Die Organisation baut sich auf Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsstäben unter einer Oberleitung mit dem Sitz in Essen auf. Aus den vorgefundenen Papieren und dem Gesandnis des Schröder ist festgestellt worden, daß der Plan des gewalttätigen Sturzes der Regierung und Verfassung und Aufrichtung der Diktatur des Proletariats von der K. P. D. als politischer Partei unmittelbar unterstützt worden ist. Die sieben Festgenommenen sind größtenteils gefählig.

Theaterhochflut in München.

München, Mitte Januar.

Während man sich vor dem Krieg in München mit verschiedenen Plänen zum Neubau einer großen Volksoper und eines eigenen Igl. Schauspielhauses beschäftigte, verzichtet man jetzt natürlich auf die Verwirklichung dieser schönen Ideen und richtet sich in den immerhin reichlich vorhandenen Räumen ein. Zwei soziale Organisationen, die bereits eine viele Tausende zählende und stetig wachsende Mitgliederzahl gemeldet haben, die „Münchener Volksbühne“ und die „Theatergemeinde“ bemühen sich mit Erfolg, die Kunst dem Volke zugänglich zu machen. Wer bei diesen Vereinigungen gegen eine mäßige Gebühr eingeschrieben ist, erhält das Recht auf Theateraufführungen, Konzerte, Vorträge und Führungen zu den Münchener Sammlungen. Die Theater geben teils geschlossene Vorstellungen nur für die Mitglieder der beiden Vereine, teils stellen sie bei einzelnen Vorstellungen eine Anzahl von Karten zu sehr ermäßigtem Preis zur Verfügung. Die Theater fahren dabei nicht schlecht, denn sie füllen ihre Säle auf diese Weise auch bei Vorstellungen, die sonst geringere Einnahmen erzielt hätten. Die Auswahl der Stücke „für das Volk“ ist durchaus nicht etwa auf die „Bühne als moralische Anstalt“ zugeschnitten; die Mitglieder bekommen von allem zu kosten, was die Schauspielbühne in München bietet, nur Opernaufführungen, immer noch das Monopol des „Nationaltheaters“, sind für Volksvorstellungen begrifflicherweise selten verfügbar.

Die Zahl der täglich spielenden Theater hat sich in München gegen die Zeit vor dem Kriege verdoppelt, von fünf auf zehn. Das große ehemalige „Gof- und Nationaltheater“ ist ganz Opernbühne geworden, außerdem gibt die Staatsoper einzelne Mozartaufführungen in unserem köstlichen Hoftheater, dem man jetzt seinen berühmten Namen „Residenztheater“ wieder gemahnt hat — die Revolution hatte es in „kleines Haus“ umgetauft — und bei besonderen Gelegenheiten, hauptsächlich im Sommer, wird das Amphitheater am Prinzregentenplatz, dem der Name Prinzregententheater sogar von Herrn Eisner gelassen worden war, zur Opern- und Opernfestspielbühne.

München hatte das Glück, nach dem Tode Felix Pottils einen besonders fähigen Operndirektor, den Jünger Mahlers, Bruno Walter, zu gewinnen. Anfangs hatte er gegenüber einem Teile der Kritik, die Pottils musikalische Architektur der festlichen Theatralität Walters gegenüberstellte, keinen leichten Stand. Allgemeine, dankbare Anerkennung erlangt sich Walter

aber wohl dadurch, daß er uns auch in den übelsten Zeiten der Revolution einen erlebten Opernspielplan dankt. Bei aller Geschmeidigkeit in der musikalischen Interpretation bringt er in der Leitung der Oper einen feinen, zielklaren Willen zur Geltung und die Disziplin unter den Künstlern scheint sich wesentlich gehoben zu haben. Im Chor- und technischen Personal — der Sing- und Tangchor streifte sogar kürzlich — muß freilich noch größeres Pflichtbewußtsein und besseres Verständnis für die Gesamtinteressen entwickelt werden. Für den im letzten Jahre alljährlich gestorbenen zweiten Dirigenten Otto Hof wurde der bewährte Kapellmeister des Nürnberger Stadttheaters Robert Hegger und namentlich für die Wagnerfestspiele Karl M u d verpflichtet. Durch diese beiden Künstler wird Bruno Walters Eigenart ausföhrlich ergänzt.

Anßer an sich abwechslungsreicher Opernspielplan ist in letzter Zeit durch Hugo Wolfs feinsinnigen „Corregidor“ und die musikalisch und textlich sehr bildkräftigen „Rägel“ von Braunfels erweitert worden. Schreders sehr talentvolle aber an perversem Überschwang leidende Oper „Das Spielwerk“ scheint sich — und das ist gut so — nicht halten zu können, dagegen ist zu bedauern, daß man zwei künstlerisch anspruchsvolle Erstaufführungen: Hermann Nolbels komische Oper „Meister Guido“ und Wilhelm Maulfels Minodrama „Die letzte Raste“ nicht mit größerer Liebe pflegte. Das neue Jahr hat uns schon eine würdige Neueinstudierung von Glucks „Orpheus“ beschert und verheißt uns von neuen Werken Walter Courvoisiers „Krähen“, G. W. v. Waltershausens „Mauernsteiner Hochzeit“ und Paul Gräners „Schirin und Gertraude“.

Am Anfang dieser Spielzeit hat der bisherige Leiter des Frankfurter Bühnen, Dr. Karl Feil, sein Amt als staatlicher Generalintendant in München angetreten. So tatkräftig und besonnen er mit Bruno Walter zusammenarbeitet, so wenig konnte er noch die verfahrenen Verhältnisse unseres staatl. Schauspielens ordnen und bessern. Der Revolutionsintendant Schwannede, dessen Wirksamkeit auch unser schönes Theatermuseum (Klara Riegerstiftung) zu beklagen hat, und sein begabter aber einseitiger und raubheiriger Schauspiel-direktor Steinrück, der mit seiner hochschwermütigen Parteinahme Durcheinander brachte, haben unser staatl. Schauspiel, was die Einzelkräfte und das Zusammenspiel anlangt, auf eine recht tiefe Stufe herabkommen lassen. Das große aber minderwertige Ensemble spielt jetzt täglich in zwei Theatern (Residenz- und Prinzregententheater), und an „klassischen“ Vorstellungen ist kein Mangel der Zahl nach: — der Qualität nach haben sie meistens unter dem Range kleiner Stadttheater.

Fünf private Schauspielbühnen konkurrieren zurzeit mit den Staatstheatern. Als Leiterin des Münchner Schauspielhauses ringt bisher die unternehmungsfreudige, idealgestimmte Hermine Körner, die zeitweise sogar noch zwei weitere Bühnen in München betrieb (das eindrucksvolle Theaterstück „Kassian“ im Künstlertheater und Unterhaltungsstücke im Lustspielhaus) mit einem allzu bunten Spielplan und küdenhaften, unbedeutenden Personal vergeblich um Erfolg, aber die Münchner Kammerpiele zeigen unter ihrem kundigen und fähigen Leiter Otto Falkenberg, welche künstlerischen Taten man auch auf einer an Schmierverhältnissen grenzenden kleinen Bühne mit einem arbeitsfreudigen Ensemble vollbringen kann. Scharfparochie Lustspiele wie moderne Impressionen sieht man dort in origineller, stets anregender Vorleistung. Im Lustspielhaus (Hotel Union) verjucht jetzt der Sohn Gustav Freytags, Dr. W. G. Freytag, ein gutes Volks-theater zu schaffen, während das „Münchener Volks-theater“ auf künstlerischen und sozialen Ergeiß verzichtet und dem Schund sich zugewandt hat. Noch höher ist das „Münchener Theater“ (Blumensäle), das sich nicht schämte, Erinnerungen an den unglücklichen König Ludwig II. und den entthronten Ludwig III. „dramatisch“ auszuspielen. Im „Gärtnerplatztheater“ und „Neuen Operentheater“ leht man wieder zur guten alten Operette zurück, weil die Münchner Kritik dem Wien-Berliner Operettenhund den Krieg erklärt und erreicht hat, daß sogar auf dieser buhlgigen Seite der musikalischen Kunst in München die Gewissensbisse anfangen zu beßen.

Endlich haben wir noch über 60 Lichtspieltheater und mindestens 20 Ringelangel- und Kabarettbühnen, dazu täglich bis zu 7 Künstler- und Sinfoniekonzerte, ferner unzählbare Bier- und Kaffeehauskonzerte und überall Tanzmusik. — trotz der auf das fünf- bis zehnfache gestiegenen Eintrittspreise alles gut besucht. Mit Recht plant der Stadtrat daher eine neue gewaltige Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe; denn die privaten Unternehmungen scheinen immerhin zu rentieren, während die Staatstheater einen Zuschuß von sieben Millionen erfordern.

Hochflut der Theater und Lustbarkeiten auf der einen, große Not in den Familien bis hinauf zum hohen Beamten auf der anderen Seite, das sind Gegenjäre, die zur Katastrophe treiben. Wird die zielbewusste Arbeit, die in Bayern für den Aufbau geleistet wird, auch nach dieser Richtung eine Brücke schlagen?

D. Friedrich Röhrl

Die Untersuchung des Kapp-Putsches in Breslau.

Die Breslauer Zeitungen veröffentlichen ihnen zugegangene Informationen über die Ermittlungen und den Standpunkt der Staatsanwaltschaft in Sachen des Kapp-Putsches.

In den Fällen der 7 verschwundenen Personen sind zwei Morde einwandfrei festgestellt worden. Von den vermittelnden Tätern konnte jedoch keiner festgenommen werden, weil sie trotz eingehender Ermittlungen unauffindbar sind. Zur Festnahme der Verdächtigen sind in das ganze Reich und in das Ausland besondere Kommissionen hingeschickt worden, denen es auch gelang in Amsterdam einen Offizier festzunehmen, der aber von der holländischen Regierung wieder freigelassen wurde. Die Missetaten in der sog. Kollerkammer des Generalkommandos sind vollständig abgeschlossen. Hier kommen 3 Militärpersonen wegen schwerer Missetaten ohne politische Färbung in Frage, gegen die Anklage erhoben ist. Es dürften dazu 75 Zeugen, darunter 30 Missetäter, vernommen werden. Bei den Ausschreitungen der Truppen in den Straßen und Amtsgebäuden sind mehr politische Gesichtspunkte maßgebend, bei denen die Anwesenheit des Amnestiegesetzes noch zu prüfen ist. Gegen 17 Personen, 8 Unteroffiziere und 9 Offiziere, unter denen sich auch der Freikorpsführer Aulof befindet, wird das Verfahren fortgesetzt. Die Akten umfassen 17 Bände.

Die ganz Führung der Untersuchung wurde auf das schwerste gefährdet und zum Teil deshalb illusorisch gemacht, weil von den Kappisten systematisch ein Apparat aufgezogen worden ist, um die Ermittlungen zu verhindern. Man bediente sich dabei der ungläublichsten Mittel. Aus der Oberwacht wurden falsche Passbroschüren mit angeblichen Nachrichten der Kommandanten gebildet, um die Kriminalpolizei auf eine falsche Fährte zu locken. Ein bezahlter Fälschermeister ließ sogar eine Beamtenkommission nach Limburg und verführte zur Umgrabung eines ganzen Feldes nach Ostpreußen, nach Sachsen, nach Hannover. Überall wurden die Beamten auf angebliche Spuren geführt, die sich nachher nur als Mittel herausstellten, die wahren Spuren zu verwischen. Besondere Schwierigkeiten verbanden auch die Militärbehörden zu machen, die andere Befehle ausgaben, als der Polizei zugehört worden waren. Sogar vor Beschäftigten von Beamten, die dienstlich in Kasernen kamen, schaute man nicht zurück. Im Freikorpslager Reithain wurden vor dem Stabsquartier unter Wachpostenwache aufgeföhren, während oben die Beamten verhandelt. Die Verhaftung des Hauptmann Aulof konnte nur zufällig durch Veranlassung eines ihm erkennenden Beamten in Berlin geschehen. Auch heute dauern die Bemühungen, die eigentlich organisiert sind, noch fort, die Ermittlungen zu unterbinden.

Kurze polit. Nachrichten.

Zur Zwangsbewirtschaftung des Getreides hat der Haushaltsausschuß des Landtags nach ausgiebiger Debatte einstimmig den nachfolgenden Antrag angenommen und damit den Antrag Hertle u. Gen. auf sofortige Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Getreides abgelehnt. Er lautet:

Der Haushaltsausschuß beantragt, der Landtag wolle die Regierung ersuchen,

1. dahin zu wirken, daß die jetzige Zwangsbewirtschaftung für Getreide aufgehoben wird und an ihre Stelle für das Wirtschaftsjahr 1921/22 ein Umlageverfahren tritt, welches den Landwirten zu Ablieferung einer angemessenen Menge seiner Erzeugung verpflichtet, im übrigen aber ihm die freie Verfügung über das von ihm erzeugte Getreide überläßt,

2. dahin zu wirken, daß den Landwirten ein den gesteigerten Produktionskosten entsprechender Preis für ihre Erzeugnisse bezahlt wird."

Severing gegen das Monopol. Der preussische Minister des Innern hat nach einer Mäntermeldung folgende Verfügung erlassen:

Trotz meiner verschiedenen Hinweise ist es mir aufgefallen, daß ein Teil der oberen Beamten der Schutzpolizei immer noch Eingläser trägt. Da dies zweifellos in den weitaus meisten Fällen auf äußerlichen Gründen beruht, nicht auf innerlicher Angewohnheit, erlaube ich mir darauf hinzuwirken, daß diese unangemessene Gewohnheit in Zukunft unterbleibe. Gerade jetzt hat der Polizeibeamte mehr als je um Dasein und Anerkennung zu ringen. Dieses Bestreben, das sich nur auf Pflichtgefühl, Wissen und Takt stützen darf, wird durch Ausbreitung der oben erwähnten Art, die auch in der ernstgemeinten Beamtenenschaft die gebührende Beurteilung finden, in höchst nachteiliger Weise beeinträchtigt. Soweit sich die betreffenden oberen Beamten darauf freuen, daß sie tatsächlich mit einem einseitigen Augenleiden behaftet sind, wird eine scharfe Nachprüfung ihrer vollen Polizeidienstfähigkeit durch den beamteten Arzt eintreten müssen. Ich muß von jedem Beamten erwarten, daß er in diesen schweren Zeiten unter Ausschaltung jeder Aufzuchtlichkeit seinem Beruf nachgeht und demgemäß vom Tragen des Einglases absteht."

Badische Ueberblick.

Badischer Landtag.

Die demokratische Fraktion hat zum Antrag Hertle (D.M.) auf restlose Befreiung der Zwangsbewirtschaftung mit Beginn des Wirtschaftsjahres 1921/22 einen Zusatzantrag Welthauer und Genossen eingebracht, diese Aufhebung einzutreten zu lassen, sofern es der Reichsregierung möglich ist, die Verjüngung der Städte mit Brot und Milch auf andere Weise — Produktionssteigerung, Umlageverfahren, Genossenschaften, Lieferungsverträge, rasche Steigerung der Einfuhr usw. — sicherzustellen. Der Antrag wurde in der heutigen Sitzung dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Freigabe der Falschungsveranstaltungen.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Das Ministerium des Innern hat sich, wie schon amlich bekannt gegeben wurde, entschlossen, in diesem Jahre von einem allgemeinen Falschungsverbot abzugehen, weil eine planmäßige Durchführung des Verbotes im ganzen Lande unmöglich ist. In einem Reihe badischer Städte, vor allem im Oberland, sind heute noch alte harmlose Falschnachgebilde lebendig, an denen die Bevölkerung hängt und deren Verbot im letzten Jahre, es sei nur an Etzsch erinnert, viel böses Blut gemacht und sogar zu politischen Schwierigkeiten geführt hat. Es geht nun aus nachliegenden Gründen nicht an, der einen Stadt die Erlaubnis zur Abhaltung von Falschungsveranstaltungen zu geben und der an-

deren vorzuenthalten. Die leider immer noch wachsende Verarmungslage kann nicht durch Polizeiverbote bekämpft werden und es ist immer besser, wenn die am Karneval üblichen Veranstaltungen sich öffentlich abspielen, als daß sie sich unter irgend einem Deckmantel in Schlupfwinkel verbergen.

Bei der Freigabe der Falschungsveranstaltungen erwartet die Regierung von dem gesunden Sinn der Bevölkerung, daß sich das Falschungsverbot in den durch die Zeitlage bedingten Grenzen hält, daß vor allem große öffentliche Veranstaltungen wie Umzüge auf den Straßen usw. vermieden werden. Es ist den Bezirksämtern anbegehrt, solche Veranstaltungen, die zu Ausschreitungen Anlaß geben können, auf Grund des § 30 PStGB. zu verbieten.

Aus der Landeshauptstadt.

ng. Lustiger Abend Senff-Georgi. Über „Menschliches alsu Menschliches“ wollte Senff-Georgi in seinem lustigen Abend sprechen und es gelang ihm vor allem eins, daß seine Zuhörer das Menschliche alsu Menschliche, das sie während des Tages Arbeit und in der Gegenwart Nöten plagt, vollständig vergaßen und nichts anderes taten, als lachen, lachen und wieder lachen. Der Kontakt zwischen Vortragendem und Publikum war sofort hergestellt, als Herr Senff-Georgi das Publikum betrat und mit humorvollen Worten das so „zahlreich“ erschienene Publikum begrüßte. Ein Programm bestand aus Werken von Schiller, Schmitz, Thoma, Strichberg u. a., Balladen von Goethe und Schiller in ex. und impressionistischer, kubistischer und dadaistischer Form. Zwischen durch freute er Gaben eigenen Geistes ein. Die Hauptsache aber bei allem blieb die virtuose Kunst und überaus tüchtige Kunst des Vortragenden. Was der Künstler in Mimik und Darstellung bot, läßt sich überhaupt nicht schildern, das muß man gesehen und gehört haben. Zwei Stunden waren rasch verflohen. Herzlicher Beifall nach jeder einzelnen Nummer und besonders am Schluß dankten dem Vortragenden für den vergnügten Abend.

Na. Viehmarkt Karlsruhe am 17. Januar 1921. Der Auftrieb betrug 24 Stüd Vieh, darunter 66 Ochsen, 37 Bullen, 22 Kühe, 10 Kälber und 79 Schweine. Der Preis betrug für das Fund Lebendgewicht bei Großvieh 4.— bis 9.30 M., bei Kälbern 9.— bis 10.50 M. und bei Schweinen 14.50 bis 17.— M. Das Geschäft ging ziemlich langsam; der Markt wurde nicht geräumt.

Badische Gemeindefchau.

§ Offenburg, 16. Jan. Der Bürgerausschuß hat in seiner Sitzung vom 14. d. M. den Verkauf des in schönem landschaftlichem Gebiete der Stadt gelegenen Geländes der früheren Jucker- und späteren Malzfabrik an die Firma Hahn & Co., welche solches zum Zwecke der Wiedererrichtung einer industriellen Anlage um 100 000 M. erwerben wollte, mit 51 gegen 32 Stimmen einstimmig abgelehnt. Ausfallgebend war weniger das fiskalische Interesse der Stadt, das den Stadttrat zu dem Antrag auf Genehmigung hauptsächlich geleitet hatte, als die ästhetische, sanitäre und wirtschaftliche Seite, da das Areal wie kein anderes dazu geeignet sei, ein schönes, ruhiges Wohnviertel zu schaffen.

Bei der Beratung der Besoldungsordnung im Spätsommer des vorigen Jahres war der Bürgerausschuß einstimmig einem Antrage beigetreten, der die ursprünglich allgemein in Höhe von 60 Prozent der Gehälter als Teuerungszuschläge vorgesehenen Beträge in Höhe einer gerechten Ausgleichung für die unteren Klassen auf 60 Prozent, für die oberen dagegen auf nur 40 Prozent festsetzte. Nachdem diese Besoldungsordnung, die im übrigen von sehr weitgehendem Entgegenkommen getragen war, nun seit Monaten in Vollzug gerät, ist verlangt, daß die Beamten der vier oberen Klassen nachträglich die Erhöhung des Teuerungszuschlags von 40 auf 60 Prozent. Der Stadttrat hat die Bewilligung abgelehnt und es den Beamten überlassen, die Entscheidung des Schlichtungsausschusses anzurufen.

Die Beiträge der Stadt zum Landesausbau für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge sowie an den Verein für Kommunalwirtschaft wurden auf jährlich je 200 M. erhöht.

Badische Zeitungstimmen.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

Zur Lohnbewegung der Beamtenenschaft

schreibt die „Heidelberger Volkszeitung“ u. a.:

„Unsere Politik steht im Zeichen einer großen Lohnbewegung der Beamtenenschaft. Seit Monaten sind Bestrebungen im Gange, die Besoldungsordnungen des Reiches und der Länder den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und wesentliche Härten besonders für die unteren Gehaltsklassen auszumergen. So verständlich und berechtigt dieser Kampf der Beamten ist, so tragisch ist es, daß er gerade in einer Zeit höchsten Finanzbedarfes ausgefochten werden muß. Die Verhandlungen sind bisher von Seiten der Organisationen mit größtem Verantwortungsbewußtsein geführt worden; wiederholt haben ja ultraradikale Geister versucht, die Stimmung der Beamten für ihre Diktaturgelüste auszunutzen, doch ohne Erfolg, die Beamten wissen nur zu gut, daß ihre Sache, die doch eine Sache des gesamten Volkes ist, verloren wäre, wenn sie sich auf jene Lockbrosche von ganz links einlassen würden. . . . Heute sieht sich die Regierung, wenn sie nicht einen Generalstreik der Beamtenenschaft riskieren will, vor die Notwendigkeit gestellt, Forderungen zu erfüllen, die mit all ihren Konsequenzen eine jährliche Mehrbelastung des Staats von 7—8 Milliarden ausmachen. Es ist nicht mehr recht, wenn der Reichsfinanzminister solche Ausgaben nur bewilligen will, wenn eine Deckung durch laufende Einnahmen dafür vorhanden ist. Aus einigen Presseandeutungen ist zu entnehmen, daß man im Reichsfinanzministerium vor allem an neue indirekte Steuern denkt. Wir wenden uns heute schon auf das schärfste gegen derartige Pläne, die praktisch die ganzen Ertragsquellen der Beamten wieder illusorisch machen würden. Es soll einmal die bestehenden Besteuerungen bis auf den letzten Pfennig eingepaßt werden. Aber auch sie werden nicht auslangen, weil sie unserer jetzigen Finanz- und Wirtschaftslage nicht angepaßt sind. Um nur ein Beispiel zu nennen, so liegen die Stichtage für die Steuern vom Kriegs-Vermögenszuwachs und Reichsnotopfer so weit zurück, daß in ihnen die jetzige eingetretene ganz ungeheure Wertsteigerung des Vermögensbesitzes nicht berücksichtigt wird, so daß jemand nach dem Gesetz vielleicht 80 Prozent, in Wirklichkeit aber heute nur 20 Prozent seines Wertes abgeben hat. Hier soll man einsehen, bevor man die Konsumenten mit neuen indirekten Abgaben belästelt.“

Verchiedenes.

Professor Dr. Wilhelm Förster † Der langjährige Direktor der Berliner Sternwarte, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wilhelm Förster, ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, ist in seinem Landhause in Barnim bei Potsdam nach kurzer Erkrankung am 1. d. d. verstorben.

Literarische Neuerscheinungen.

Das Reichamt für die Frankfurter Internationalen Messen gibt neben der „Frankfurter Messzeitung“, die eines wachsenden Leserkreises insbesondere auch im Ausland sich erfreut, eine Sammlung „Schriften des Frankfurter Reichamts“ heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Es bringt einen Vortrag von Professor Dr. Eberhard Gothein in Heidelberg: „Die Handelsmessen und der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft“. Die Abhandlung gibt einen instruktiven Überblick über die Entwicklung des deutschen Messewesens vom frühesten Mittelalter bis in unsere Zeit. Ihre Lektüre kann jedem, der sich für Messenfragen interessiert, empfohlen werden. Heft Nr. 1 der „Schriften des Frankfurter Reichamts“, dem bald weitere Hefte folgen werden, ist gegen Einfindung von 2 Mark beim Reichamt Frankfurt a. M., Haus Offenbach erhältlich.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 30. Dezember v. J. beschlossen, die Professoren Dr. Paul Berberich an der Hieslotteschule Mannheim und Robert Voss am Gymnasium in Wertheim in gleicher Eigenschaft zu versehen und zwar ersteren an das Gymnasium in Wertheim, letzteren an die Hieslotteschule in Mannheim.

Das Staatsministerium hat unterm 4. Januar d. J. dem Amtmann Ludwig Gotthold zum Regierungsrat im Ministerium des Innern ernannt und ihn vorläufig auf die Dauer eines Jahres in den Reichsdienst beurlaubt.

Vom Justizministerium ist unterm 29. Dezember v. J. Rechtsanwalt Johann Diebold in Karlsruhe gleichzeitig als Rechtsanwält bei der Kammer für Handelsachen in Rfzrzhelm mit dem Wohnsitz in Karlsruhe zugelassen worden.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 10. Januar d. J. den Oberlehrer Jakob Rath an der Volksschule in Fiegelhausen, Amt Heidelberg, zum Schulleiter mit der Amtsbezeichnung Rektor daselbst ernannt.

Die Eisenbahngeneraldirektion hat unterm 16. Januar d. J. die Verlegungen des Oberstationskontrolleurs Friedrich Stephan in Bammental als Oberrevisor zur Zentralverwaltung in Karlsruhe und des Oberstationssekretärs Hermann Schmitt in Heidelberg als Oberstationskontrollleur nach Bammental zurückgenommen.

Ernennungen, Verlegungen, Zurücklegungen zc. der planmäßigen Beamten sowie

Ernennungen, Verlegungen zc. von außerplanmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Volksschullehrer.

Ranger, Emilie, Untl. in Freiburg, wird Hfssl. in Wöden (Odenwald); Lehmann, Franz, Schul. in Ulmen (Offenburg), wird Hfssl. daselbst; Kaiser, Magdalena, Untl. in Reutenburg (Waldheim), wird Untl. in Freiburg i. B.; Mühlert, Gustav, Hfssl. in Reichenbach (Emmendingen), wird Hfssl. in Kleinems (Odenwald); Mh, Paul, Untl. in Hfina (Säckingen), wird Schul. daselbst; Egger, Elsa, Untl. in Heidelberg, wird Untl. in der Taubstummenanstalt Heidelberg; Kaus, Ernst, Hfssl. in Dienstadt (Zauberhofsheim), wird Hfssl. in Dornbach (Ruden); Wacker, Siegfried, Hfssl. in Obenheim (Lahr), wird Schul. daselbst; Wehl, Josef, Schul. in Wiesigheim (Kastell), wird Untl. in Reuburgweiler (Säckingen); Koenenmacher, Ludwig, Untl. in Hfildsburg (Bruchsal), wird Schul. daselbst; Nitzmayer, Oskar, Schul. in Daisbach (Säckingen), wird Hfssl. in Eppelheim (Heidelberg); Schmitt, Kurt, Untl. in Reuburgweiler (Säckingen), wird Hfssl. in Offenburg; Schrey, Karl, Hfssl. in Untere Wittighausen (Zauberhofsheim), wird Untl. in Oberlauda (Zauberhofsheim); Dahrendorf, Friedrich, Hfssl. in Reutenburg (Waldheim), wird Hfssl. in Kefch (Schweigen); Gaus, Karl, Hfssl. in Waghlingen (Emmendingen), wird Hfssl. in Gammendingen; Bekker, Friedrich, Untl. in Weisbach (Eberbach), wird Untl. in Mannheim; Bräuner, Rudolf, Untl. in Heidelberg, wird Hfssl. in Fiegelhausen (Heidelberg); Ringer, Franz, Untl. in Zell a. S. (Offenburg), wird Untl. in Kautental (Kastell); Oster, Friedrich, Hfssl. in Freiburg, wird Hfssl. in St. Georgen (Freiburg); Jäger, Karl, Hfssl. in Zell a. S. (Offenburg), wird Untl. daselbst; Wör, Elise, Hfssl. in Freiburg, wird Hfssl. in Altdorf (Ettlingen); Baumann, Erna, Hfssl. in Ehrenstetter (Staufen), wird Unterlehrerin daselbst; Goh, Wilhelm, Unterlehrer in Freiburg, wird Hfsslehrer in Bollnau (Waldkirch); Knoblauch, Alara, Unterlehrerin an der Hfizerschule Stodach, wird Untl. in Kieselstingen (Konstanz); Meyer, Friedrich, Hfssl. in Wiesloch, wird Hfssl. in Schatthausen (Wiesloch); Pfeiffer, Ernst, Untl. in Kieselstingen (Konstanz), wird Hfssl. in Rindshof (Stodach); Schmid, Hedwig, Untl. in Dettingen (Konstanz), wird Hfssl. in Bollmatingen (Konstanz); Schöpf, Marie, Untl. in Reutenburg (Waldheim), wird Hfssl. daselbst; Schrüger, Hedwig, Untl. in Ehrenstetter (Staufen), wird Untl. in Brombach (Odenwald); Reuburger, Rebekka, Untl. in Schmieheim (Ettlingen), wird auf Ansuchen entlassen; Pfeiffer, Ernst, Hfssl. in Säckingen, wird Schul. daselbst; Wittmann, Otto, Hfssl. in Oos (Baden), wird Hfssl. in Kamlach (Waldheim); Ertzel, Georg, Volksschullehrer, wird Hfssl. in Wiesloch (Schopfheim); Bauermeister, Karl, Hfssl. an der Hfizerschule Karlsruhe, wird Hfssl. in Karlsruhe; Baumann, Erwin, Untl. in Mannheim, wird Untl. am Lehrerseminar I Karlsruhe; Blos, Agnes, Untl. in Steinmauern (Kastell), wird Untl. Weisbach (Eberbach); Bredt, Frieda, Hfssl. in St. Blasien, wird Untl. in Altdorf (Waldkirch); Bräute, Friedrich, Untl. in Hinterlehengericht (Wiesloch), wird Untl. a. d. Realschule Rehrich; Gut, Maria, Hfssl. in Seebach (Hörsen), wird Hfssl. in Bad Peterstal (Odenwald); Nitzmayer, Oskar, Hfssl. in Eppelheim (Heidelberg), wird Untl. daselbst; Ruf, Josef, Hfssl. in Weiler (Konstanz), wird Schul. in Strittberg (St. Blasien); Schäfers, Otto, Hfssl. in Schutterzell (Lahr), wird Untl. daselbst; Schueler, Alara, Untl. in Schutterzell (Lahr), wird Hfssl. in Erzingen (Odenwald); Schuster, Gustav, Hfssl. in Donauwiesingen, wird Untl. daselbst; Weber, Friedrich, Untl. in Eppelheim (Heidelberg), wird Untl. in Hoberstetter (Reh); Wöhner, Anton, Untl. in Donauwiesingen, wird Hfssl. in Aberglingen; Zahnen, Elsa, Hfssl. in Unterlappern (Säckingen), wird Untl. in Steinmauern (Kastell); Blumner, Julius, Untl. in Hoberstetter (Reh), wird Untl. in Schmieheim (Ettlingen); Jörling, Albert, Untl. in Altdorf (Waldkirch), wird Hfssl. in Wödingen (Konstanz); Bes, Gottlieb, Volksschullehrer, wird Untl. an der Hfizerschule Waldkirch; Schraum, Julius, Volksschullehrer, wird Hfssl. in Offenburg; Kästner, Ernst, Volksschullehrer, wird Hfssl. in Hfildsburg (Offenburg).

Samstag, den 22. Januar 1921:

Landestheater. Zum ersten Male: Zwangseinquartierung. 7-9 Uhr. M. 14.40. 7 bis 9 Uhr. 11 M.

Konzerthaus. Volksbühne K 4 Volks-Sinfonie-Konzert. 11 M.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik Karlsruhe, Kaiserstr. 128 a. Karlsruher Str. Wandbilderschmuck Bildereinrahmungen

Frische Eier zu Mark 2.10 per Stück liefert franco egl. Packung in Kartons zu 48 und 60 Stück nachnahme. J. B. Huber, Oberstadion (Württemberg).

Badisches Landestheater.

Im Landestheater. So. 23. Cavalleria rusticana. - Der Bajazzo. 6 1/2. (20.-) - Mo. 24. Volksbühne. J. 3. Der Evangelist. 7. (17.00, nur Stehpätze vorhanden.) - Die 25. Martha. 7. (17.-) - Mi. 26. Zwangseinquartierung. 7. (14.40.) - Do. 27. Neu einstudiert. Die Zauberflöte. 6 1/2. (17.-) - Fr. 28. Der Wildschütz. 7. (17.-) - Sa. 29. Der Freispruch. 7. (12.-) - So. 30. Die Zauberflöte. 6 1/2. (20.-) - Mo. 31. IV. Sinfonie-Konzert. 7 1/2. (6.-)

Expres-Begleitadressen

Trachtbriefe Gilsfrachtbriefe in neuester Fassung liefert billig bei größerem Bedarf mit Preisermäßigung

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe, Karlsruherstraße 11. (Schalterraum).

Mädchen

aus guter Familie, kath., 29 J. alt, wünscht mit ehrenhaftem Herrn in Briefwechsel zu treten. Witwer nicht ausgeschlossen. Besondere Aufmerksamkeit zugesichert. Angebote unter J. 835 an die Exped. der Karlsruher Zeitung erbeten.

Ausgewählte Lehestudien zum Studium der politischen Oekonomie.

Herausgegeben von Karl Dietl und Paul Mombert, Universitätsprofessoren in Freiburg. Band I: Lehre vom Geld, I. Teil. II: Der Arbeitslohn. III: Von der Grundrente. IV: Wert und Preis, I. Teil. V: Wert und Preis II. Teil. VI: Bevölkerungslehre. VII: Wirtschaftskrisen. VIII: Kapitalzins und Unternehmerrisiko. IX: Freihandel u. Schutzzoll. X: Zur Lehre vom Geld, II. Teil. XI: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.

Einlösung von Schuldverschreibungen der Stadt Mannheim.

Folgende städtische Schuldverschreibungen wurden auf die beigesteuerten Termine zur Heimzahlung gezogen:

1. Von dem 3 1/2-% Anleihen des Jahres 1885 rückzahlbar auf 1. Oktober 1921: Tit. A. Nr. 4 7 23 35 37 46 48 51 56 58 60 129 130 143 153 177 178 213 222 244 249 275 294 307 325 337 352 365 367 388 390 409 440 483.

2. Von dem 3 1/2-% Anleihen des Jahres 1888, rückzahlbar auf 1. Juli 1921: Tit. A. Nr. 42 125 156 163 167 201 229 297 304 335 370 379 397 401 420 465 473 505 522 575 592 602 609 617 655 763 811 833 856 859 922 926 946 1042 1064 1106 1128 1205 1208 1238 1243 1286 1289 1293 1331 1369 1489. Tit. B. Nr. 10 43 79 82 147 151 207 216 217 239 309 322 341 552 557 571 622 637 656 696 782 797 874 896 947 990 1047 1075 1102 1190 1309 1313 1371 1416 1454 1493 1533 1556 1568 1613 1644 1675 1679 1707 1709 1719 1721 1734 1737 1740 1764 1813 1828 1873 1880 1893 1932 1939 1953 2037 2049 2058 2062 2131 2158 2170 2225 2294 2326 2331 2348 2359 2361 2365 2366 2394. Tit. C. Nr. 34 41 64 69 82 125 176 188 226 243 273 278 351 354 357 380 397 403 432 550 561 568 574 658 664 718 742 747 764 767 824 855 910 921 978 998 1005 1008 1009 1020 1119 1147 1249 1288 1306 1326 1394 1411 1426 1547. Tit. D. Nr. 26 42 71 85 102 115 148 163 199 272 281 307 314 344 392 401 412 432 470 491 552 613 641 765 799 825 827 832 869 894 963. Tit. E. Nr. 4 10 41 50 91 125 146 160 203 209 285 402 406 419 433 438 465 506 580 621 630 656 656 666 679 714 783 819 836 846 889 915.

3. Von dem 3 1/2-% Anleihen des Jahres 1895, rückzahlbar auf 1. August 1921: Tit. A. Nr. 49 63 77 134 161 266 269 289 336 340. Tit. B. Nr. 5 15 42 68 179 186 253 303 304 309 341 369 404 405 439 489 500 537 558 637 709 731 835 837 914 930 947 959 985. Tit. C. Nr. 33 79 150 151 218 234 242 320 325 332 336 343 394 395 396 472 491 511 574 575 667 861 987 994 995 1182 1186 1269 1295 1308 1316 1388 1432 1433 1434 1470 1483 1521 1535 1549 1568 1569 1570 1574 1575 1578 1579 1677 1788 1789 1851 1894 1914 1916 1917 1925 1944 94. D. Nr. 8 25 31 41 42 43 44 51 53 66 72 83 87 126 137 171 210 250 360 407 444 481.

4. Von dem 3-% Anleihen des Jahres 1897, rückzahlbar auf 1. Mai 1921: Tit. A. Nr. 59 121 152 165 201 213 269 315 339 344 373. Tit. B. Nr. 128 136 198 237 240 257 268 276 286 302 326 380 390 442 496. Tit. C. Nr. 91 199 247 263 294 297 300 301 302 310 375 411 420 472 503 548 584 602 632 656 681 797 831 942 958 960 1028 1054 1068 1087 1099 1110 1130 1138 1174 1189 1197 1323 1327 1337 1345 1350 1377 1383 1406 1494 1571 1573 1625 1646 1647 1680 1694 1706. Tit. D. Nr. 91 95 141 148 152 154 184 213 214 218 253 256 288 312 379. Tit. E. Nr. 13 17 48 131 162 188.

5. Von dem 3 1/2-% Anleihen des Jahres 1898, rückzahlbar auf 1. November 1921: Tit. A. Nr. 78 81 153 163 284 330 365 401 429 431. Tit. B. Nr. 101 121 131 144 156 189 200 211 229 245 259 333 398 408 420 465 539 543 570 686 743 938 985. Tit. C. Nr. 42 43 88 143 214 343 357 360 386 433 468 576 602 632 664 687 694 707 785 847 852 887 916 926. Tit. D. Nr. 31 131 188 207 235 321 376 377 384 429 495 518 521 575 584 590 621 624 802 811 845 864. Tit. E. Nr. 5 23 32 39 111 120 122 136 143 146 198 250 261 287 327 345 353.

6. Von dem 4-% Anleihen des Jahres 1901, rückzahlbar auf 1. August 1921: Tit. A. Nr. 38 71 252 538 553 593. Tit. B. Nr. 45 81 240 357 418 493 574 603 650 673 964 1083 1146 1282 1403 1521 1706 1761 1818 1819 2037 2089 2091 2112 2179 2180 2321 2369 2415. Tit. C. Nr. 5 36 79 293 356 456 493 494 546 552 567 734 743 768 786 805 884 1217 1534 1546 1654 1678 1714 1724 1783 1826 1863 1866 2184 2257 2258 2346 2380 2659 2693 2870 2884. Tit. D. Nr. 116 126 194 207 210 266 297 440 531 602 703 907 972 1157 1158 1250 1290 1292 1304 1494 1507 1532 1536. Tit. E. Nr. 174 247 272 361 373 382 526 548 576 606 897 925 973 1012 1177 1256 1350 1393.

7. Von dem 3 1/2-% Anleihen des Jahres 1904, über 2 Millionen, rückzahlbar auf 1. August 1921: Tit. B. Nr. 182 227 297 344 388 451 470. Tit. C. Nr. 85 149 170 172 258 335 387 474. Tit. D. Nr. 159 169 244 258 281 332 365 375 381. Tit. E. Nr. 8 184 297 403 417 468 493.

8. Von dem 3 1/2-% Anleihen des Jahres 1904, über 8 Millionen, rückzahlbar auf 1. August 1921. Tit. A. Nr. 20 30 44 178. Tit. B. Nr. 164 175 291 294 344 373 397 487 507 533 550 581 610 766 778 780 898 908 935 1045 1066 1150 1157 1172 1207 1218 1272 1340 1344 1365 1387 1444 1463 1659 1667 1671 1703 1743 1809 1822 1929 1991 1993. Tit. C. Nr. 5 29 31 131 165 203 225 286 288 339 364 393 587 676 678 746 765 808 819 822 854 885 945 946 960 1063 1121 1158 1284 1354 1363 1385 1431 1445 1576 1612 1713 1740 1769 1813 1830 1865 1883. Tit. D. Nr. 64 80 184 201 222 338 347 378 466 508 580 589 612 632 669 686 683 809 920 921 996 1041 1049 1077 1082 1134 1156 1199 1291 1329 1366 1403 1434 1486 1542 1593. Tit. E. Nr. 122 216 238 325 390 407 416 423 428 433 477 518 527 569 616 644 681 829 849 864 876 948.

9. Von dem 3 1/2-% Anleihen des Jahres 1905, über 2 Millionen, rückzahlbar auf 1. September 1921. Tit. B. Nr. 2024 2039 2123 2236 2304 2496 2497. Tit. C. Nr. 2057 2105 2232 2258 2424 2427 2475 2590 2595 2694. Tit. D. Nr. 1752 1815 1816 1945 2066 2072 2098 2161 2194. Tit. E. Nr. 1556 1659 1736 1886 1893 1948 1956.

10. Von dem 3 1/2-% Anleihen des Jahres 1905, über 10 Millionen, rückzahlbar auf 1. September 1921. Tit. A. Nr. 225 274 275 501 561. Tit. B. Nr. 57 204 244 425 502 503 563 727 734 735 736 985 1131 1132 1480 1968 1969 1970 1971. Tit. C. Nr. 90 226 334 378 379 426 431 504 515 522 580 760 1000 1298 1301 1702 1858 1884 1952 1960. Tit. D. Nr. 375 776 925 950 1097 1185 1189 1232 1276 1313 1331 1370 1394 1527 1616 1645 1646 1659. Tit. E. Nr. 96 155 191 203 242 277 335 373 433 903 955 991 1013 1133 1334 1460.

11. Von dem 4-% Anleihen des Jahres 1906, rückzahlbar auf 1. Oktober 1921. Tit. A. Nr. 7 42 90. Tit. B. Nr. 23 114 128 144 197 216 274 307 319 376 429 473 640 652 1008 1096 1101 1162. Tit. C. Nr. 187 224 249 342 446 531 593 615 649 650 673 749 757 877 926 1003 1123 1330 1361 1389 1586 1625 1630 1682. Tit. D. Nr. 24 30 69 204 241 296 348 429 511 650 697 747 751 885 932 1125 1159 1177 1179 1191 1271 1286 1369. Tit. E. Nr. 53 54 55 56 142 143 144 145 173 174 336 610 634 746 836 837 951 1017 1161 1241 1289 1406 1467.

12. Von dem 4-% Anleihen des Jahres 1907, rückzahlbar auf 1. Juli 1921. Tit. A. Nr. 95. Tit. B. Nr. 18 109 259 268 307 308 463 667 728 761 785. Tit. C. Nr. 63 169 218 232 303 362 389 585 623 629 699 786 905 932 1010 1081 1084 1085. Tit. D. Nr. 29 30 65 74 80 81 113 253 289 349 481 492 518 526 586 675 900 1045 1068 1135. Tit. E. Nr. 39 50 144 161 256 275 290 312 328 459 480 488 548 550 733 885 891 946 991.

13. Von dem 4-% Anleihen des Jahres 1908, rückzahlbar auf 1. April 1921: Tit. A. Nr. 102 154. Tit. B. Nr. 11 22 96 110 145 147 177 364 424 435 592 665 713 741 748 853 874. Tit. C. Nr. 9 26 44 207 404 420 427 479 530 653 806 1086 1148 1198 1357 1395 1452 1453 1456 1508 1546 1631 1711 1725 1758 1867 1921 1996 2273 2326 2327 2879 2483 2499. Tit. D. Nr. 35 60 64 168 183 184 199 434 524 525 671 672 990 759 760 944 991 997 1009 1055 1218 1221 1337 1396 1397 1563 1587 1626 1734 1892 1900 1967. Tit. E. Nr. 74 136 150 248 260 290 456 473 505 506 514 515 523 587 600 864 915 946.

14. 4-% Anleihen des Jahres 1912. Die Tilgungssumme für 1921 mit 146 200 M ist durch freiwilligen Ankauf von Schuldverschreibungen gedeckt.

15. Von dem 4 1/2-% Anleihen des Jahres 1914, rückzahlbar auf 1. Oktober 1921. Tit. A. Nr. 167 170 171 191 264 359 432 640 650 682 820 821 1040 1068 1110 1346. Tit. B. Nr. 349 382 481 482 483 703 711 883 1113 1267 1268 1269 1270 1367 1368 1369 1370 1466 1598 1630 2001 2016 2034 2035 2090 2320 2321 2322 2323 2324. Tit. C. Nr. 77 477 478 542 691 937 1465 1616 1818 1820 1821 1822 1823 1834 2038 2079 2080 2081 2103 2240 2335 2343 2346 2349 2470 2471 2472 2473 2474 2475 2476 2540 2684. Tit. D. Nr. 53 131 160 167 267 282 355 494 48 576 772 849 850. Tit. E. Nr. 94 117 300 354 357 437 485.

Von den früheren Verlosungen sind noch nicht eingelöst: 1. Von dem Anleihen des Jahres 1885. Tit. A. Nr. 77 312 416 500. Tit. B. Nr. 555.

2. Von dem Anleihen des Jahres 1888. Tit. A. Nr. 114 116 120 121 122 124 142 169 199 206 210 231 242 244 265 287 308

313 319 349 375 376 501 526 540 1142. Tit. B. Nr. 41 42 54 65 95 96 128 140 160 161 1123 1516 1527 1784 1785 1786 1956 2042 2064 2074 2083 2085 2094. Tit. C. Nr. 54 56 220 313 316 543 577 888 1152 1231 1353 1382 1399 1446. Tit. D. Nr. 236 255 370 606 623 627 632 646 851. Tit. E. Nr. 372 380 388 475 657 974.

3. Von dem Anleihen des Jahres 1895. Tit. B. Nr. 209 628 729 792 809 970 971. Tit. C. Nr. 41 68 103 281 675 1518 1588 1590 1704 1791 1898 1915. Tit. D. Nr. 65.

4. Von dem Anleihen des Jahres 1897. Tit. C. Nr. 611 621 803 1102 1160 1164 1210 1246 1285 1286 1288 1296 1397 1419 1530 1587. Tit. D. Nr. 8 408.

5. Von dem Anleihen des Jahres 1898. Tit. A. Nr. 37 371 425. Tit. B. Nr. 9 10 79 573 857 859 881. Tit. C. Nr. 2 3 28 140 146 194 224 358 437 460 561 566 584 631 720 988. Tit. D. Nr. 2 93 146 170 217 257 374 391 723 774 810 882. Tit. E. Nr. 25 26 46 47 85 104 129 176 341 351 358 402 439.

6. Von dem Anleihen des Jahres 1901. Tit. A. Nr. 324 407 463. Tit. B. Nr. 63 138 503 791 821 888 1045 1240 1309 1563 1628 1851 2193. Tit. C. Nr. 84 108 211 212 573 655 752 801 1075 1077 1113 1227 1381 1441 1536 1677 1726 1865 2025 2163 2300 2509 2543 2606 2678 2993. Tit. D. Nr. 17 44 204 322 641 685 689 704 823 825 1044 1060 1366 1367 1620 1630 1634 1683. Tit. E. Nr. 45 66 161 333 337 503 630 661 704 707 789 886 954 1153 1240 1330 1331 1420 1488.

7. Von dem Anleihen des Jahres 1904, über 2 Millionen. Tit. B. Nr. 233 455 457. Tit. C. Nr. 67 133 238 599 601 662. Tit. D. Nr. 9 197 415 416. Tit. E. Nr. 39 181 287 322 471.

8. Von dem Anleihen des Jahres 1904, über 8 Millionen. Tit. A. Nr. 142 150. Tit. B. Nr. 92 237 685 694 695 697 699 710 721 735 919 1130 1187 1200 1225 1226 1319 1406 1490 1536 1553 1559 1674. Tit. C. Nr. 33 227 263 282 354 595 630 851 893 905 969 1038 1073 1175 1220 1221 1250 1257 1362 1479 1495 1518 1680 1700 1964. Tit. D. Nr. 189 134 226 227 231 434 564 588 755 957 972 982 989 1163 1169 1322 1333 1504. Tit. E. Nr. 85 86 90 158 161 381 392 484 65 910.

9. Von dem Anleihen des Jahres 1905, über 2 Millionen. Tit. B. Nr. 2102 2429 2487. Tit. C. Nr. 2038 2135. Tit. D. Nr. 1703 1747 1859 1906 2011 2012 2144. Tit. E. Nr. 1682 1768 1778 1783 1829 1871 1928 1976 1977.

10. Von dem Anleihen des Jahres 1905, über 10 Millionen. Tit. A. Nr. 463 577. Tit. B. Nr. 180 221 238 717 898 899 1214 1216 1217 1322. Tit. C. Nr. 93 108 114 175 537 565 770 965 1062 1207 1218 1444 1452 1562 1565 1888. Tit. D. Nr. 168 237 440 481 522 869 900 1044 1166 1198 1214 1223 1373 1378 1545. Tit. E. Nr. 6 188 235 236 237 674 886 947 1113 1349 1484.

11. Von dem Anleihen des Jahres 1906. Tit. A. Nr. 38 193. Tit. B. Nr. 59 212 255 350 496 543 567 568 600 749 804. Tit. C. Nr. 59 271 285 367 378 449 577 658 721 1372 1482 1509 1549 1623. Tit. D. Nr. 122 156 228 290 301 353 390 442 622 652 881 1021 1033 1069 1381 1418 1499. Tit. E. Nr. 150 151 339 350 398 501 506 780 838 1355 1356 1368 1449 1461.

12. Von dem Anleihen des Jahres 1907. Tit. B. Nr. 131 237 408 467 468 710. Tit. C. Nr. 41 167 198 360 463 482 594 752 779 780 848 998 1094. Tit. D. Nr. 31 109 123 150 196 214 284 456 496 621 951 1026 1053 1108. Tit. E. Nr. 7 8 70 83 142 287 395 774 964 977 985.

13. Von dem Anleihen des Jahres 1908. Tit. A. Nr. 136 137. Tit. B. Nr. 139 468 766 768 1064 1098 1138. Tit. C. Nr. 50 127 240 556 562 777 904 917 1039 1078 1146 1283 1291 1319 1936 2091 2121 2179 2199 2313 2365. Tit. D. Nr. 174 197 480 484 544 758 994 1079 1100 1254 1255 1451 1765. Tit. E. Nr. 11 240 416 417 418 805 806 909 970.

14. Von dem Anleihen des Jahres 1914. Tit. A. Nr. 607 Tit. B. Nr. 180 208. Tit. C. Nr. 25 215 216 246 588 869. Tit. D. Nr. 35 460 522 617 659 897 987. Tit. E. Nr. 190 197.

Die aufgeführten Schuldverschreibungen werden auf die obengenannten Termine gekündigt und gegen Übergabe derselben einschließlich der noch nicht verfallenen Zinscheine und Zinscheinanweisungen in Mannheim bei der Stadtkasse, sowie bei den auf der Rückseite der Zinscheine bezeichneten Einlösungsjellen eingelöst.

Mannheim, den 30. Dezember 1920. Der Magistrat.

Alle fremdsprachlichen Teile sind ins Deutsche überfetzt.

Zum Selbststudium für Beamte, Kaufleute, Gewerkschaftsbeamte, Politiker.